

Editorial

Entscheidendes Jahr für Bildung und Forschung



Der Bereich Bildung, Forschung und Innovation steht vor einem entscheidenden Politjahr. In der Woche vor der Frühjahrssession über-

wies der Bundesrat die Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2021–2024 (BFI-Botschaft) ans Parlament. In der zweiten Jahreshälfte folgen Verhandlungen über die Schweizer Beteiligung am 9. EU-Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe und die Frage einer Teilnahme am Bildungsprogramm Erasmus.

Der Bundesrat plant langfristig. Er berücksichtigt in der BFI-Botschaft die Unsicherheit bezüglich der derzeit unbekanntenen Kosten für die Beteiligung an den EU-Forschungsprogrammen ab 2021. Damit verdeutlicht er seine volle Unterstützung für die Schweizer Wissenschaftsgemeinde, die nachdrücklich darauf hinweist, dass diese Beteiligung eine zentrale Voraussetzung ist für den Erfolg in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren. Auch bezüglich Erasmus traf der Bundesrat Vorkehrungen für eine Beteiligung oder die Fortsetzung einer Schweizer Lösung.

Das Parlament spielt eine entscheidende Rolle. Seine Aufgabe ist es, den Ansatz des Bundesrates zu unterstützen und diesem gleichzeitig eine eigene Note zu verleihen. Als Lehrer bin ich der Ansicht, dass die Förderung der Weiterbildung und der Grundkompetenzen sowie die Ausbildungsbeiträge in den letzten Perioden zu kurz kamen und mehr Unterstützung verdienen.

Mathias Reynard

Nationalrat, Präsident der WBK-N
Mitglied Politikerteam FUTURE

BFI-Botschaft 2021–2024

Das Bestmögliche aus dem Finanzrahmen herausholen

Der Bundesrat will mit der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Botschaft) in den Jahren 2021–2024 rund 28 Milliarden Franken in den Wissensplatz Schweiz investieren. Die Schweizer Hochschulen und Organisationen der Forschungs- und Innovationsförderung stehen den Eckwerten dieser BFI-Botschaft positiv gegenüber. Mit den vorgesehenen finanziellen Mitteln wollen sie ihre geplanten Prioritäten bestmöglich umsetzen. Neben der nationalen Förderung ist die Beteiligung der Schweiz an den Forschungsprogrammen der EU von zentraler Bedeutung. Die Akteure begrüßen daher, dass der Bundesrat in seiner Finanzplanung für den BFI-Bereich die dafür notwendigen Ausgaben berücksichtigt. Sie betonen aber auch, dass ein verlässlicher Finanzierungsmechanismus für ihre Planungen unerlässlich ist.

Der Bundesrat hat die BFI-Botschaft 2021–2024 ans Parlament überwiesen. Für die vierjährige Periode beantragt er insgesamt knapp 28 Milliarden Franken, was einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum der finanziellen Mittel von nominal 2,2% entspricht. Ziel der BFI-Botschaft 2021–2024

ist es, dass die Schweiz in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation weiterhin international führend bleibt. Ein besonderer Fokus wird auf die Herausforderungen der Digitalisierung gelegt. Die Schweizer Hochschulen und Organisationen der Forschungs- und Innovationsförderung stehen der bundesrätlichen BFI-Botschaft 2021–2024 grundsätzlich positiv gegenüber. In der vorliegenden Mehrjahresplanung sind ihre inhaltlichen Prioritäten für die kommenden Jahre enthalten (siehe Kasten).

Die Ziele bestmöglich erreichen

Für die Umsetzung ihrer Prioritäten hatten die Hochschulen und Organisationen der Forschungs- und Innovationsförderung in ihren Planungen zwar mehr Mittel einkalkuliert. Sie zeigen sich jedoch mit dem nun überwiesenen Finanzierungsrahmen des Bundesrates einverstanden. Sie wollen mit diesen finanziellen Mitteln das Bestmögliche herausholen und damit ihren Beitrag leisten, um die aktuellen Herausforderungen für Wirtschaft und Gesellschaft zu meistern. Sie sind ambitioniert, ihre in der BFI-Botschaft 2021–2024 festgeschriebenen strategischen Ziele zu erreichen.

Vier gemeinsame Schwerpunktthemen 2021–2024

Für die kommenden Jahre haben die Schweizer Hochschulen und Organisationen der Forschungs- und Innovationsförderung vier gemeinsame Schwerpunkte definiert:

1. Sie schaffen Wissen und Grundlagen zur Bewältigung des digitalen Wandels.
2. Sie bilden Fachkräfte aus, die auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt sind, und schaffen durch Forschung das notwendige Wissen, um die Innovationsfähigkeit unseres Landes zu stärken.
3. Sie tragen mit der Ausbildung von Personal in Medizin und Pflege sowie dem Ausbau von personalisierter Medizin und Medizintechnologien zur Entwicklung des zukünftigen Gesundheitswesens bei.
4. Sie unterstützen mit wissenschaftlicher Expertise die Umsetzung der Ziele für eine nachhaltige Entwicklung.

Da die nationale Förderung nun etwas geringer ausfällt als von den Organisationen geplant, ist eine vollumfängliche Beteiligung an den Forschungsprogrammen der Europäischen Union in den Jahren 2021–2027 umso wichtiger. Der Wettbewerb und die Zusammenarbeit in diesem internationalen Netzwerk sind entscheidende Erfolgsfaktoren für den Wissensplatz Schweiz. Es ist daher ausdrücklich zu begrüssen, dass die Beteiligung an den EU-Forschungsprogrammen als Ziel in der BFI-Botschaft enthalten ist. Die dafür notwendigen Finanzmittel will der Bundesrat dem Parlament in einer separaten Botschaft beantragen. Die Mittel für die

Finanzierung der internationalen Zusammenarbeit in der Bildung (einschliesslich der Förderung von Mobilität und Kooperationen) sind hingegen in der BFI-Botschaft 2021–2024 enthalten.

Mechanismus muss verlässlich sein

Weil die Kosten für die Beteiligung an den EU-Forschungsprogrammen heute noch nicht feststehen, steht der Finanzierungsrahmen der BFI-Botschaft 2021–2024 unter einem Vorbehalt: Das durchschnittliche jährliche Mittelwachstum im BFI-Bereich darf insgesamt die Rate von 3% nicht übersteigen. Aus diesem Grund hat der Bundes-

rat in der BFI-Botschaft eine Kreditsperre eingebaut. Damit soll das Wachstum der nationalen Förderung gegebenenfalls um 0,4% nach unten korrigiert werden, so dass es nur noch 1,7% (gerundet) betragen würde. Der Bundesrat hat im Rahmen einer «Kann-Formulierung» die Möglichkeit, die gesperrten Kredite freizugeben, sobald klar ist, dass das jährliche Gesamtwachstum nicht über 3% liegt. Die Hochschulen und Organisationen der Forschungs- und Innovationsförderung begrüssen dieses Vorgehen grundsätzlich; sie betonen jedoch, dass ein verlässlicher Finanzierungsmechanismus für ihre Planungen unerlässlich ist.

Kredite der BFI-Botschaft für die Periode 2021–2024 (in Mio. Franken)

	Voranschlagskredite	Wachstumsrate
ETH-Bereich	10'811	2,5%
HFKG: Kantonale Universitäten und Fachhochschulen; Grundbeiträge	5'692	2,0%
HFKG: Projektgebundene Beiträge	124	-7,0%
Schweizerischer Nationalfonds	4'615	2,5%
Innosuisse	1'042	1,8%
Akademien der Wissenschaften Schweiz	177	0,7%

Die Tabelle zeigt die geplanten Kredite für die einzelnen Trägerorganisationen des Netzwerks FUTURE über die ganze Periode 2021–2024. Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate liegt zwischen 0,7% für die Akademien der Wissenschaften Schweiz und 2,5% im ETH-Bereich sowie beim Schweizerischen Nationalfonds.

Internationale Bildungszusammenarbeit

WBK-S begrüsst neue Gesetzesgrundlage

In der Frühjahrssession 2020 befasst sich der Ständerat mit der Totalrevision des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung (BIZMB). Mit der Totalrevision soll das geltende Gesetz aus dem Jahr 1999 an die heutige Praxis angepasst werden. Die neue Rechtsgrundlage erweitert den Handlungsspielraum und schafft die Grundlage für die zukünftige Förderung der internationalen Bildungszusammenarbeit und -mobilität. Das neue Bundesgesetz bietet die Grundlage sowohl für

eine Assoziierung an den Bildungsprogrammen der Europäischen Union (Erasmus) als auch für die Umsetzung von Schweizer Förderprogrammen.

WBK-S beantragt Präzisierungen

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates (WBK-S) begrüsst die Totalrevision des BIZMB. Mit einstimmiger Entscheidung empfiehlt sie ihrem Rat den Gesetzesentwurf des Bundesrates zur Annahme. In gewissen Punkten beantragt die Kom-

mission Präzisierungen des Gesetzestextes gegenüber der Vorlage des Bundesrates: So soll ausdrücklich benannt werden, welche Rolle das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) bei einer allfälligen Übertragung der Beitragsvergabe an eine nationale Agentur wahrnehmen würde. Im Weiteren beantragt die WBK-S, die Struktur und die Rechtsform dieser Agentur im Gesetz ausdrücklich festzuhalten.

IN KÜRZE

SGK-N unterstützt Vorlage für Pilotversuche mit Cannabis

Nachdem der Nationalrat in der Wintersession 2019 auf die Ergänzung eines Experimentierartikels im Betäubungsmittelgesetz eingetreten war, beriet dessen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK-N) die Vorlage erneut. Sie befürwortet Pilotversuche mit Cannabis mit 17 zu 8 Stimmen und folgte weitgehend der Vorlage des Bundesrates. Ergänzend beantragt die SGK-N, dabei ausschliesslich Hanfprodukte aus Schweizer Bio-Produktion zu verwenden. Es wurden verschiedene Minderheitsanträge eingereicht, um die Hürden für die Durchführung von wissenschaftlichen Studien mit Cannabis zu erhöhen. Die grosse Kammer befasst sich in der Frühjahrssession mit der Gesetzesrevision.

Stabwechsel im Präsidium der Akademien der Wissenschaften

Antonio Loprieno übergab das Präsidium der Akademien der Wissenschaften Schweiz aufgrund seiner Wahl zum Präsidenten der Jacobs University in Bremen: per 1. Februar 2020 übernahm Vizepräsident Marcel Tanner das Amt ad interim. Marcel Tanner präsidiert auch die Akademie der Naturwissenschaften. Antonio Loprieno amtiert weiterhin als Präsident des Dachverbandes der Europäischen Akademien (All European Academies).

Sechs neue Nationale Forschungsschwerpunkte

Das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) lancierte sechs neue Nationale Forschungsschwerpunkte (NFS). Schweizer Forschung und Innovation sollen insbesondere in Bereichen wie Automation, Antibiotikaresistenzen oder Quantentechnologie unterstützt werden. In der Zeitspanne 2020 bis 2023 investiert der Bund rund 100 Millionen Franken. Die NFS werden namentlich an den Universitäten Basel, Genf, Lausanne, Zürich sowie an der EPFL und der ETHZ eingerichtet.

Programm für Energieforschung bis 2032

Der Bundesrat überwies die Botschaft für das neue Energieforschungsprogramm «Swiss Energy Research for the Energy Transition» (SWEET) an das Parlament. In diesem Rahmen sollen in den Jahren 2021–2032 anwendungsorientierte Forschungsprojekte zu zentralen Themen der Energiestrategie 2050 gefördert werden. Insgesamt beantragt der Bundesrat dafür 148,3 Millionen Franken. SWEET sichert die Nachfolge der «Swiss Competence Centers in Energy Research» (SCCER), die in den Jahren 2013–2020 im Rahmen der BFI-Botschaft gefördert wurden.

Yves Flückiger präsidiert swissuniversities

Yves Flückiger, der Rektor der Universität Genf, übernimmt das Präsidium der Rektorenkonferenz der Schweizerischen Hochschulen swissuniversities. Die Plenarversammlung wählte den Professor für Arbeitsökonomie, Industrieökonomik und öffentliche Finanzen für die Periode Februar 2020 bis Januar 2023. Er tritt die Nachfolge von Michael O. Hengartner an, der zum Präsidenten des ETH-Rats ernannt wurde.

SGK-S berät indirekten Gegenvorschlag zur Pflegeinitiative

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates (SGK-S) nahm die Detailberatung des indirekten Gegenvorschlags zur Pflegeinitiative auf. Bezüglich der Ausbildungsinitiative diskutierte sie mehrere Massnahmen. Die Massnahme der individuellen Beiträge für angehende Pflegefachkräfte empfahl die SGK-S ihrem Rat mit 7 zu 6 Stimmen zur Ablehnung. In der Konsequenz reduzieren sich die vorgesehenen Bundesbeiträge zur Förderung der Pflegeausbildung auf maximal 268 Millionen Franken für acht Jahre. Verschiedene Minderheiten wollen an der Massnahme festhalten. Die SGK-S führt die Beratung im April fort.

Jürg Stahl ist Präsident des Stiftungsrats des SNF

Der Stiftungsrat des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) wählte Jürg Stahl zu seinem neuen Präsidenten. Der ehemalige Nationalratspräsident übernimmt das Präsidium von Felicitas Paus, die den Stiftungsrat seit April 2018 ad interim leitete. Die Wahl des Präsidiums erfolgte im Rahmen der Neukonstituierung des SNF-Stiftungsrats für die Periode 2020–2023.

Neues Institut für Umwelt und Nachhaltigkeit im ETH-Bereich

Der ETH-Rat verabschiedete einen Entwurf zur Errichtung einer neuen Forschungsanstalt. Dieser sieht die Zusammenführung der Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL) und des Wasserforschungsinstituts Eawag vor. Er eröffnete eine interne Anhörung im ETH-Bereich. Anschliessend wird das Parlament über den Entwurf befinden. Das neue Institut für Umwelt und Nachhaltigkeit soll zur Lösungsfindung für Fragen im Bereich des Klimawandels oder der nachhaltigen Ressourcennutzung beitragen.

BFH: Sebastian Wörwag wird Rektor

Der Schulrat der Berner Fachhochschule (BFH) wählte Sebastian Wörwag zum neuen Rektor. Der promovierte Ökonom ist Rektor der Fachhochschule St. Gallen und wird sein neues Amt im September 2020 antreten. Der aktuelle Amtsinhaber Herbert Binggeli wird per 30. Juni 2020 in den Ruhestand treten. Zwischenzeitlich wird Magdalena Schindler Stokar die BFH ad interim leiten.

Impressum

© Netzwerk FUTURE 2020

Münstergasse 64/66, 3011 Bern
T 031 351 88 46
info@netzwerk-future.ch
www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE fördert den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft. Wiederverwendung der Artikel sind unter Quellenangabe erlaubt.